



Mittwoch, 16. April 2025, 16:00 Uhr
~5 Minuten Lesezeit

Die vergessene Katastrophe

Ein schockierendes Massaker im Sudan zeugt vom Versagen der Militärführung — die Weltgemeinschaft schaut überwiegend weg.

von Julia Krämer
Foto: Richard Juilliant/Shutterstock.com

In einem erschütternden Bericht der New York Times vom 26. März 2025 unter dem Titel „Luftangriffe des

sudanesischen Militärs auf die Region Darfur“ lenkt Malachy Browne erneut weltweit die Aufmerksamkeit auf den Sudan. Es handelt sich um das grausame Massaker auf dem Markt von Tura im Norden von Darfur am 25. März durch vier verheerende Luftangriffe. Die Angriffe führten nach Schätzungen zu 400 bis 1.500 Todesopfern und ließen verbrannte Körper und verstreute Körperteile zurück – ein erschütterndes Bild dokumentiert durch Bilder und Videos der Zeitung sowie die Aussage einer Augenzeugin: „All diese Menschen waren arm, unschuldig und unbewaffnet.“ Diese traurige Situation zeigt deutlich das Versagen der Militärführung im Sudan auf – sie versucht ihre internationale Krise durch Konflikte mit Ländern wie dem Tschad zu exportieren und verweigert die Auseinandersetzung mit der Realität vor Ort. Dadurch wird eine humanitäre Krise weiter verschlimmert; bereits 14 Millionen Menschen wurden vertrieben, und Hungersnot breitet sich im ganzen Land aus – begleitet von fortwährend schwerwiegenden Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung seit dem Militärputsch von 2021 – und verdeutlicht damit die katastrophale Führung des Landes.

Internationale Reaktionen

Das Massaker auf dem Tura-Marktplatz im Norden von Darfur löste weltweit Empörung aus und führte zu internationaler Verurteilung bei den Vereinten Nationen (UN). Die Stellungnahme

des Sprechers des UN-Generalsekretärs Stéphane Dujarric zeigte tiefe Besorgnis über den gezielten Angriff auf unschuldige Zivilisten und bezeichnete die fortgesetzten Angriffe auf Zivilpersonen im gesamten Sudan als alarmierend.

Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk äußerte sich ebenfalls besorgt über den Vorfall und nannte ihn „sehr schockierend“. In einer Erklärung vom 26. März 2025 berichtete er von Hunderten zivilen Opfern und Dutzenden Verletzten nach einem Luftangriff seitens der sudanesischen Streitkräfte auf einen belebten Markt. Hervorzuheben ist auch das tragische Schicksal von 13 Familienmitgliedern aus einer einzigen Familie sowie einige Verletzte, die aufgrund fehlender medizinischer Versorgung verstorben sind. Türk forderte eine rasche Untersuchung und die strafrechtliche Verfolgung der Schuldigen.

Ursachen der Krise

Am 25. Oktober 2021 gab der sudanesischer Militärführer Abdel Fattah al-Burhan bekannt, dass er einen Putsch gegen die zivile Regierung unter Premierminister Abdalla Hamdok durchgeführt hat. Er setzte Hamdok unter Hausarrest und schloss ihn damit von der politischen Bühne aus — eine Maßnahme, die nach einer Reuters-Analyse den demokratischen Übergangsprozess abrupt stoppte.

Gemäß der Agentur erkannten Experten schon zu dieser Zeit die Bedrohungslage und befürchteten möglicherweise eine Isolation Burhans bei seinen Bemühungen zur Festigung seiner Macht angesichts weitreichender Protestaktionen und des Stopps westlicher Unterstützung.

Mamon Farouk von der zivilgesellschaftlichen Koalition „Kräfte der

Freiheit und des Wandels“ äußerte zu dieser Zeit seine Ansichten folgendermaßen:

„Der neu eingesetzte Souveräne Rat erfüllt nicht die Wünsche des sudanesischen Volkes – er ist ein Rückschritt für die Revolution und widerspricht den Zielen des vertraglichen Rahmens.“

Farouk bezeichnete den Rat als „unrechtmäßig“ und betonte die anhaltende Krise durch die Machtergreifung des Militärs.

Die Bildung des neuen Souveränen Rates im Sudan rief starke internationale Reaktionen von Ländern wie Norwegen, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten hervor – auch von der EU und der Schweiz war Besorgnis zu hören. Gemeinsam äußerten sie ihre große Besorgnis über diesen Schritt und betonten, dass er gegen die Verfassungsvereinbarung von 2019 verstößt und als einseitige Handlung des Militärs den demokratischen Übergangsprozess beeinträchtigt. Diese Maßnahme wird als klarer Verstoß gegen die Erwartungen des sudanesischen Volkes angesehen und stellt ein Hindernis für die politische sowie wirtschaftliche Stabilität dar.

Der Sudan nach dem Krieg im April 2023

Im April 2023 entflammte ein Konflikt zwischen der sudanesischen Armee und den paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF). Internationale und lokale Menschenrechtsgruppen dokumentierten schwere Verletzungen der Menschenrechte an Zivilisten, die von der Armee und den mit ihr verbündeten islamistischen Milizen begangen wurden.

In den neuesten Ereignissen beschuldigte die Organisation „Emergency Lawyers“, die Verstöße im Sudan-Konflikt

dokumentiert, das Militär eines besonders verheerenden Angriffs auf Nord-Darfur – womöglich der tödlichste Angriff seit Beginn des Konflikts vor zwei Jahren. Berichten zufolge traf der Angriff ein stark bevölkertes Gebiet – den Markt in der Stadt Tura im Norden Darfurs – wobei Hunderte Zivilisten getötet und viele weitere schwer verletzt wurden. Ein Vertreter von „Emergency Lawyers“ erklärte der Nachrichtenagentur AFP:

„Es ist schwierig festzustellen, wie viele Opfer es genau gibt, da viele Leichen verbrannt sind.“

Human Rights Watch hat zu Anfang des Jahres 2025 berichtet, dass die „Miliz Sudan Shield Forces“, die mit der sudanesischen Armee zusammenarbeitet, am 10. Januar 2025 absichtlich Zivilisten im Gebiet Al-Jazirah angriff. Bei dem Angriff auf das Dorf Kombo Tayba starben mindestens 26 Menschen, einschließlich eines Kindes, und viele weitere wurden verletzt. Die Miliz plünderte systematisch ziviles Eigentum wie Lebensmittelvorräte und setzte Häuser in Brand. Diese Taten werden als Kriegshandlung betrachtet und einige davon könnten sogar als Verbrechen gegen die Menschlichkeit angesehen werden.

Jean-Baptiste Gallopin äußerte als leitender Forscher für Krisensituationen und Waffen bei Human Rights Watch sein Bedauern über die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen gegen Zivilisten während des jüngsten Angriffs in Al-Jazirah durch bewaffnete Gruppen an der Seite der sudanesischen Armee. Er forderte die sudanesischen Behörden nachdrücklich auf, alle gemeldeten Verstöße zu untersuchen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen – einschließlich der Anführer der Sudan Shield Forces.

Die Organisation kam zu dem Schluss, von einer Eskalation blutiger Angriffe durch armeenah gestellte Truppen und Milizen gegen Gemeinschaftsgruppen zu sprechen, die vermutlich Rapid Support

Forces (RSF) unterstützen sollen. Die Attackierenden beziehen sich speziell auf Regionen, die die Armee seit Januar 2025 zurückerobert hat. Die Angreifer bestehen aus der Sudan Shield Forces und der islamistischen „Al-Baraa ibn Malik“-Brigade sowie lokalen Milizen. Die sudanesishe Armee kontrollierte seit dem 11. Januar 2025 erfolgreich Wad Madani als Hauptstadt des Bundesstaates Al-Jazirah.

Verhinderung von Hilfsmaßnahmen

Der lang anhaltende Konflikt im Sudan hat zahlreiche Menschenleben gefordert und Millionen von Menschen zur Flucht gezwungen sowie in verschiedene Region des Landes zu Nahrungsmittelknappheit geführt. Trotzdem blockiert das Militär im Sudan nach Angaben von Hilfsorganisationen die Bereitstellung humanitärer Unterstützung für die bedürftige Bevölkerung.

Die Behörden im Sudan blockieren Hilfslieferungen an die Region Darfur im Westteil des Landes – eine Aktion, die von den USA und mehreren Hilfsorganisationen stark kritisiert wurde.

Washington ist sehr besorgt über die Entscheidung des Militärs, humanitäre Unterstützung von Tschad aus zu blockieren sowie Berichte über Einschränkungen des Zugangs zu Hilfsleistungen in den von der RSF kontrollierten Gebieten.

Yaqoub al-Bashir, Politikanalyst aus dem Sudan, äußerte sich wie folgt:

„General Abdel-Fattah al-Burhan lehnt alle Vorschläge auf arabischer oder regionaler Ebene ab und ist auch gegen Lösungsansätze auf afrikanischer Ebene – was darauf hindeutet, dass er nur den Krieg als Ausweg sieht. Seine Hauptpriorität ist es, die RSF militärisch zu

besiegen.“

Die fortgesetzten Angriffe der sudanesischen Armee auf Zivilisten führten dazu, dass die Vereinigten Staaten gegen General Abdel al-Burhan Sanktionen verhängten. In einer Erklärung des US-Finanzministeriums hieß es: „Diese Maßnahme betont unser Engagement für die Beendigung dieses Konflikts“, der seit April 2023 zwischen der Armee unter Burhan und der RSF unter seinem früheren Vize Mohamed Hamdan Dagalo, allgemein als „Hemeti“ bekannt, anhält.



Julia Krämer arbeitet im sozialen Bereich und beschäftigt sich intensiv mit gesellschaftlichen, politischen und sozialen Themen. Als gesetzliche Betreuerin unterstützt sie Menschen in verschiedenen Lebensbereichen. Darüber hinaus ist sie als Videografin für etliche Medienunternehmen tätig.